



Mitteilungsvorlage - öffentlich - FD 5.3 Regionalentwicklung	Vorlage-Nr: VO/2019/018 Datum: 23.07.2019 Ansprechpartner/in: Dr. Kruse, Martin Bearbeiter/in: Nevermann, Malte	
Appell der Gemeinde Schinkel zur Satzung des Kreises Rendsburg-Eckernförde über die Anerkennung der notwendigen Kosten für die Schülerbeförderung		
vorgesehene Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
14.08.2019	Regionalentwicklungsausschuss	Kenntnisnahme

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:
entfällt

2. Sachverhalt:

Anliegender Beschluss des Ausschusses für Schulen, Jugend, Sport und Soziales der Gemeinde Schinkel vom 06.06.2019 wird dem Regionalentwicklungsausschuss zunächst zur Kenntnisnahme vorgelegt. Die Verwaltung wird dazu ergänzend mündlich berichten.

Zur nachfolgenden Sitzung des Regionalentwicklungsausschusses am 25.09.2019 wird die Verwaltung eine Stellungnahme zum Appell der Gemeinde Schinkel vorlegen.

Relevanz für den Klimaschutz:
entfällt

Finanzielle Auswirkungen:
/

Anlage/n:
Auszug Sitzungsprotokoll

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT
DER SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR SCHULEN, JUGEND, SPORT U. SOZIALES
DER GEMEINDE SCHINKEL VOM 06.06.2019

Öffentlich

Punkt 5.: **Sachstandsbericht Schüler/innenbeförderung nach dem neuen
ÖPNV-Konzept**

Zu diesem Sachverhalt schloss sich ein ausführlicher Austausch, auch mit Einwohnerinnen und Einwohner, an. Nach weitergehendem Aussprachebedarf fasste der Ausschuss folgenden Beschluss:

Die Gemeinde Schinkel appelliert an die Vertreter des Kreises Rendsburg-Eckernförde, eine angemessene Beförderungsgesamtdauer der Kinder möge in die Satzung über die Anerkennung der notwendigen Schülerbeförderung aufgenommen werden.

Der Kreis Rendsburg-Eckernförde möge kurzfristig realistische Informationen zum ÖPNV bereitstellen.

Beschlussergebnis: Einstimmig.

Nach weiterer Aussprache fasste der Ausschuss folgenden weiteren Beschluss:

Die ökologischen und ökonomischen Auswirkungen von entstehenden Individualverkehren als Ersatz der Schülerbeförderung, die zu befürchten steht, sowie die langen Fahrtstrecken der geplanten ÖPNV-Verbindungen, möge in die Abwägung des Kreises Rendsburg-Eckernförde einbezogen werden.

Beschlussergebnis: Einstimmig.